Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4827**

16. Wahlperiode 26. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3912 –

Bleiberecht als Menschenrecht

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE. legt in ihrem Antrag auf Drucksache 16/3912 dar, dass auch mit dem Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) vom 16./17. November 2006 versäumt worden sei, eine großzügige und wirksame Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und Asyl suchende Menschen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland zu schaffen. Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, im Aufenthaltsgesetz eine großzügige Bleiberechtsregelung zu verankern und gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die Praxis der Kettenduldungen wirksam beenden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3912 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/3912** wurde in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. März 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 50. Sitzung am 7. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 43. Sitzung am 7. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 29. Sitzung am 7. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 29. Sitzung am 7. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3912 in seiner 33. Sitzung am 7. März 2007 abschließend beraten.

Als Ergebnis der Beratungen wurde der Antrag auf Drucksache 16/3912 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

II. Zur Begründung

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, dass die bisherige Debatte um eine Bleiberechtsregelung von Ausgrenzung und Verschärfung der bisherigen Regelungen geprägt sei. Notwendig sei eine großzügige gesetzliche Bleiberechtsregelung, die weit über den Beschluss der IMK vom 16./17. November 2006 hinausgehen müsse.

Auch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont die Notwendigkeit einer umfassenden Bleiberechtsregelung. Allerdings sehe der Antrag eine Stichtagsregelung vor. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze sich dagegen für eine rollierende Altfallregelung ein und stimme daher gegen den Antrag.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt, dass mit dem Antrag eine bundeseinheitliche Regelung für das Bleiberecht gefordert werde. In dem Antrag komme aber ein grundsätzliches Misstrauen gegen den Staat und insbesondere die Ausländerbehörden zum Vorschein, so dass die Fraktion der FDP den Antrag auf Drucksache 16/3912 ebenfalls ablehne.

Die **Koalitionsfraktionen** der **CDU/CSU und SPD** heben hervor, dass eine Bleiberechtsregelung nur dann gerecht sein könne, wenn gleichzeitig die Erfüllung der Mitwirkungspflichten und ausreichende Deutschkenntnisse als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration gefordert werden. Die Fraktion DIE LINKE. sehe für ein Bleiberecht lediglich eine Frist von drei Jahren, ggf. sogar weniger, vor. Dies sei unter dem Aspekt der Verwurzelung und Integration des Betroffenen zu kurz. Daher stimmten die Koalitionsfraktionen gegen den Antrag.

Berlin, den 7. März 2007

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333